

Sich mit Widersprüchen auseinandersetzen statt sie ignorieren!

Antwort von Ralf Krämer auf die [Replik von Sabine Skubsch](#) auf [meinen Text im Freitag](#) zur linken Diskussion um „Identitätspolitik“, 16.09.2020

Die Replik von Sabine Skubsch auf meinen Text über Identitätspolitik, Universalismus, Klassenpolitik und die Linke bestätigt – wohl unfreiwillig – meine Aussage, dass in diesen Diskussionen verbreitet gegenseitiges Unverständnis auftritt, das auf unterschiedlichen Herangehensweisen, Vorverständnissen, Prioritätensetzungen und Positionen in Bezug auf diese Fragen beruht. Leider zeigt sie aber auch absichtliches Missverstehen, verzerrte Wiedergabe und Unterstellen von Aussagen, die ich gar nicht gemacht habe, um die eigene Position vermeintlich ins Recht zu setzen.

Ich nenne nicht „alle andere Formen sozialer Ungleichheit als die der Klassenungleichheit (...) ‚Identitätspolitik‘“, sondern rede über „Diskriminierung und Unterdrückung bestimmter Gruppen und Teile der Bevölkerung“ aufgrund ihrer persönlichen Merkmale im Verhältnis zur Klassenfrage allgemein und über „Identitätspolitik“ in Führungszeichen. Es geht auch nicht um den „merkwürdigen Wunsch, in der Bekämpfung dieser Herrschaftsformen eine Hierarchie aufzumachen“, sondern v.a. um die realen Wechselverhältnisse und Widersprüche zwischen ihnen und ihre Bedeutung für die Leute und für die Linke.

Skubsch mokiert sich über meine – nicht besonders zentrale – Aussage, dass vor einem halben Jahrhundert die Verhältnisse und die bildungspolitische Diskussion noch weniger von Migration geprägt gewesen seien als heute. Heute haben weit über ein Drittel der Schulkinder in Deutschland Migrationshintergrund, in den meisten Großstädten die deutliche Mehrheit. Vor 50 Jahren waren es im Vergleich dazu minimale Anteile, daran müsste Skubsch sich eigentlich auch selbst noch erinnern können. Mir erscheint es nicht Ausweis ernsthaften Erkenntnisinteresses zu sein, solche offensichtlichen Tatsachen mit unpassenden Bemerkungen abzustreiten.

Skubsch behauptet, ich würde jüngeren linken Milieus, sich progressiv fühlenden Kreisen und dem Bildungsbürgertum unterstellen, unisono arrogant auf die sozial Schwachen hinabzublicken. Tatsächlich sage ich lediglich und mit anderen Worten, dass es solche Haltungen nicht unerheblich gibt, das ist logisch ein großer Unterschied. Skubsch geht es angeblich darum, „den unfruchtbaren Konflikt zwischen Klassenkampf und Identitätspolitik endlich zu überwinden“. Da müssten wir uns ja einig werden können, denn mir geht es ja auch um eine „populäre und tatsächlich verbindende Politik“, „eine Perspektive linker gemeinsamer Bewegung und Politik“. Meine „linke Kritik an ‚Identitätspolitik‘“ richtet sich nicht gegen diese Zielsetzungen und Politik, sondern gegen politische Orientierungen, die den Kampf für die besonderen Interessen bestimmter Gruppen übermäßig betonen, einseitig überziehen, partikularistisch und auf individuellen Erfahrungen beruhend artikulieren, und pauschal gegen andere Teile der potenziell linken Basis richten.“ Leider betreibt Skubsch ziemlich genau das und blendet die Probleme konsequent aus, und m.E. produziert das den Konflikt statt ihn zu überwinden.

Dabei schreckt Skubsch auch vor Verdrehungen nicht zurück. Wenn ich m.E. zutreffend lediglich feststelle, „dass diejenigen, die reich und sozial oben sind und dies entsprechend zeigen können, sich ggf. auch lautstärker und wirksamer wehren können“, macht sie daraus,

„kritisiert er sie für das angebliche Privileg, sich ‚lautstärker und wirksamer‘ gegen Sexismus wehren zu können“. Das ist schon ziemlich böswillig daneben. Anschließend unterstellt sie mir, ich verfestige „das Vorurteil, Sexismus und Rassismus seien eher das Problem der Armen und Abgehängten“. Dabei schreibe ich ausdrücklich „Sicherlich gibt es besondere Benachteiligungen und Unterdrückungsformen, die sich nicht in sozialökonomischen erschöpfen, sondern alle Angehörigen der jeweiligen Gruppen treffen können, etwa sexualisierte Gewalt und alltäglicher Rassismus.“

Meine Aussage „Für die meisten ist es ein viel größeres Problem, wenn sie keine vernünftige Arbeit finden oder keinen Kitaplatz, Beruf und Kindererziehung nicht vereinbaren können, ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können, als wenn irgendein Macho einen anzüglichen Spruch ablässt oder jemand eine abfällige rassistische Bemerkung.“ kontert Skubsch mit einer Geschichte über die Nöte einer Kollegin, ob sie ihre Homosexualität öffentlich machen soll. Allerdings folgt auf meinen gerade zitierten Satz unmittelbar dieser: „Anders sieht es selbstverständlich bei Gewaltanwendung aus oder wenn die geschlechtliche Identität unterdrückt wird oder wenn es um die Entscheidung über den möglichen Abbruch einer Schwangerschaft geht.“ Diese Nöte der Kollegin gehören m.E. in diese Kategorie und nicht die irgendeines anzüglichen Spruchs auf der Straße, sie waren nicht gemeint. Abgesehen davon schrieb ich von den „meisten“, das ist eine quantitative Behauptung, der diese und andere, auch noch bedrückendere Geschichten, nicht widersprechen.

Zugleich will Skubsch damit mein Plädoyer für „eine grundlegende Parteilichkeit gegenüber benachteiligten Menschen, auch wenn sie ‚übles Zeug‘ erzählen“ problematisieren. Ich finde das sehr merkwürdig und bedenklich und frage mich, ob sie das wohl auch so gemacht hätte, wenn ich mit den gleichen Worten für eine grundsätzliche Parteilichkeit mit Personen plädiert hätte, die von Rassismus oder von Benachteiligung und Gewalt gegen Queer oder Frauen betroffenen sind. Was ich in der Tat tue, und auch unter diesen gibt es welche, die nicht nett sind und übles Zeug erzählen. Ändert das etwas? Ich meine nicht.

Abschließend plädiert Skubsch für diverse Ansätze, die beanspruchen, eine „verbindende Klassenpolitik“ zu formulieren und insbesondere Feminismus und Klassenpolitik zusammenzubringen. Auch ich sehe da durchaus interessante Ansätze, habe aber auch diverse Kritikpunkte. Ich beteilige mich an diesen Diskussionen mehr und m.E. qualifizierter als so manche, die anscheinend meinen, der hehre Anspruch, mit dem diese Ansätze vertreten werden, ersetze, dass man darüber konkret und im Einzelnen diskutieren muss, wieweit sie geeignet sind und wo Probleme liegen. Oder wer den Anspruch hoch genug vertrete, habe schon deshalb recht, egal wie schwach die Argumente sind. Ich habe übrigens auch die linken Diskurse der letzten Jahrzehnte durchaus mitbekommen, aber das heißt für mich nicht, alles unkritisch nachzuplappern.

Ich habe mit meinem Text versucht, eine ganze Reihe von Probleme und Widersprüchen im Verhältnis von Klassenfragen und an persönlichen Merkmalen anknüpfenden Verhältnissen m.E. freundlich und vernünftig anzusprechen und dabei hohle Popanz zu vermeiden. Sabine Skubsch schafft es, in ihrer Replik auf so ziemlich nichts davon einzugehen. Dabei wäre eine ernsthafte Diskussion die Bedingung, inhaltlich weiterzukommen und tatsächlich zu verbinden. Doch leider ist diesbezüglich zumeist Fehlanzeige zu vermelden, so auch hier. Skubsch fühlt sich anscheinend angesprochen von meinem Text, aber statt sich ernsthaft auseinanderzusetzen produziert sie Ablenkungsmanöver und Angriffe gegen meine Person.

Ich bin weder persönlich frustriert noch war ich je besonders „privilegiert“ – im Unterschied zu einigen anderen.

Der abschließende Absatz des Textes von Skubsch ist daher nichts weiter als eine Unverschämtheit einer ebenfalls älteren und weißen Frau, die anscheinend nicht verstehen will und sich einer ernsthaften Diskussion über reale Widersprüche schlichtweg und auf ziemlich schräge Weise verweigert. Ihr Text ist leider zu einem Musterbeispiel für die Herangehensweise und den Diskussionsstil in Teilen der Linken geraten, der genau das Problem ist.